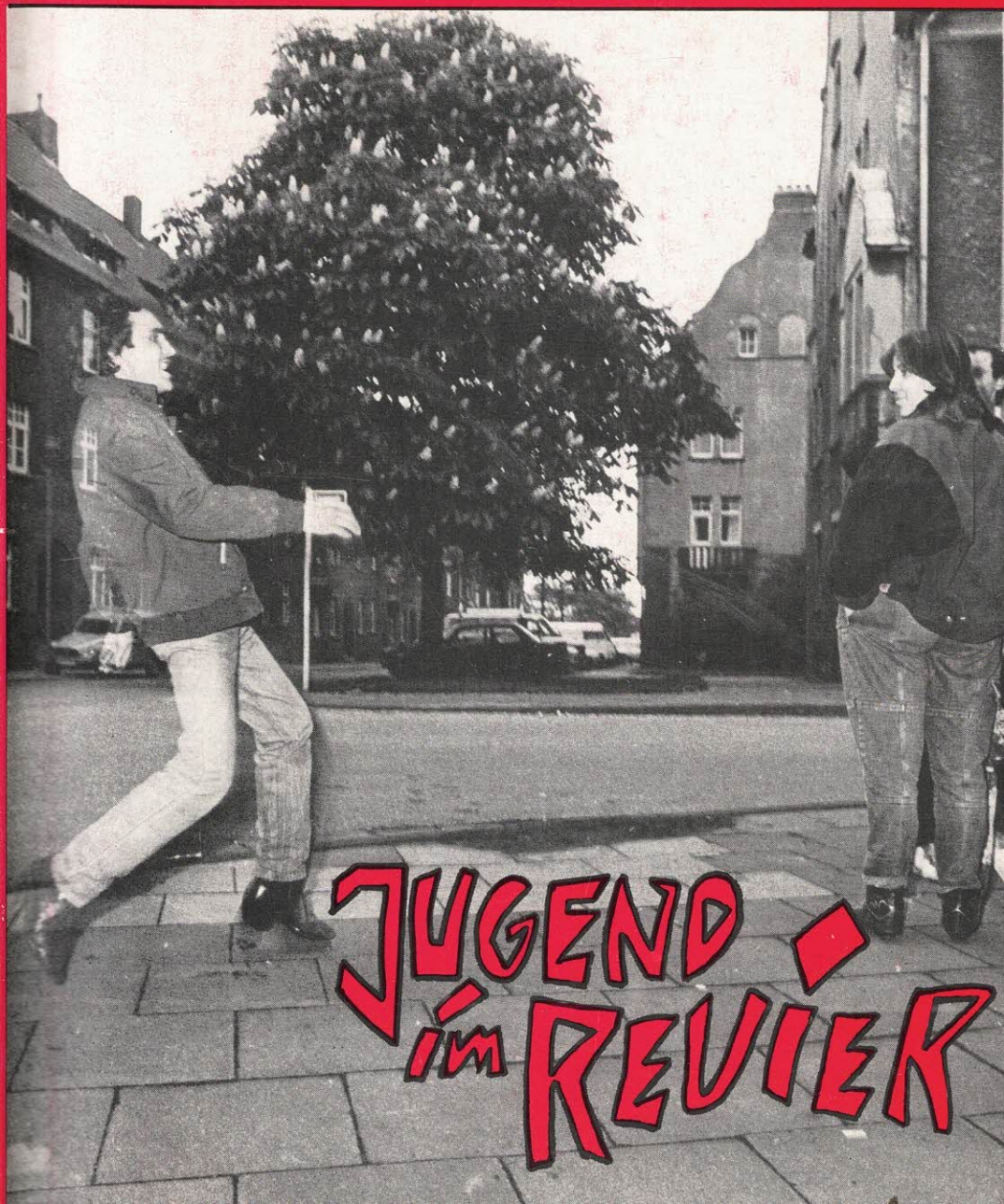


Jugend in Gesellschaft & Pädagogik
Schriftenreihe des Instituts für Jugendfor-
schung und pädagogische Praxis, Band 1



JUGEND -
im REVIER

**Redaktion: Alfred Bietau, Daniel Rieser, Ingrid Stoppa-Sehlbach,
Werner Thole (verantw.)**

In der Schriftenreihe „**Jugend in Gesellschaft & Pädagogik**“ werden in unregelmäßiger Folge vom „Institut für Jugendforschung und pädagogische Praxis“ sozialwissenschaftliche, historische wie erziehungswissenschaftliche Beiträge und Forschungsergebnisse zur Kindheit und Jugend veröffentlicht.

Intendiert ist, in dieser Reihe primär solche Beiträge zu publizieren, die sich mit den Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen im Ruhrgebiet auseinandersetzen und über praktische und theoretische Konsequenzen erziehungswissenschaftlicher Forschung für die Erziehungsöffentlichkeiten nachdenken.

In erster Linie ist daran gedacht, Beiträge und Forschungsergebnisse aus dem Arbeits- und Diskussionszusammenhang des Instituts in dieser Reihe zu veröffentlichen.

Sollten Sie die einzelnen Schriften dieser Reihe nicht bei ihrem Buchhändler erhalten, so können Sie sich direkt an das

**Institut für Jugendforschung und pädagogische Praxis
Camillo-Sitte-Platz 3
4300 Essen**

wenden.

1. Auflage, März 1986

Titelfoto: Stefan Pielow

Satz und Gestaltung: Klartext-Verlag, Essen

Druck: Basis-Druck, Duisburg

Alle Rechte bei den Autoren

ISBN 3-88474-503-4 / 12,- DM

INHALT

VORBEMERKUNG	7
Werner Schlegel	
JUGENDARBEITSLOSIGKEIT UND AUSBILDUNGSPLATZ- MANGEL – VIELE MASSNAHMEN, KEINE LÖSUNG?	11
Daniel Rieser	
THESEN ZUR SITUATION DER JUGEND IM RUHRGEBIET	27
Andrea Multmeier, Gerda Kaßner, Michael Schrader, Jochen Weber	
JUGENDARBEITSLOSIGKEIT UND AUSBILDUNGSPLATZ- SITUATION IN ESSEN	47
Werner Thole, Uwe Krombach	
STAND UND PERSPEKTIVEN OFFENER JUGENDARBEIT – ÜBERLEGUNGEN	63
Heinz-Hermann Krüger, Peter Kuhnert, Hans-Jürgen Wensierski	
JUGEND UND KULTUR	79
Alfred Bietau, Wilfried Breyvogel, Werner Helsper	
JUGEND UND SCHULE – BEMERKUNGEN ZU STRUKTUR- KRISE, EINSTELLUNGSWANDEL UND SCHULREFORM... ..	99
BILDNACHWEIS	119

ANDREA MULTMEIER, GERDA KASSNER,
MICHAEL SCHRADER, JOCHEN WEBER

JUGENDARBEITSLOSIGKEIT IM REVIER

– ARBEITSPLATZMANGEL, „MASSNAHMEN“ UND KOMMUNALE MÖGLICHKEITEN

Dieser Beitrag knüpft an die beiden vorhergehenden von Werner Schlegel und Daniel Rieser an, indem er

1. die für das Ruhrgebiet insgesamt geltenden ökonomischen Rahmenbedingungen am Beispiel der Stadt Essen konkretisiert;
2. einige Aspekte der Ausbildungsplatzsituation in Essen darstellt,
3. eine kritische Darstellung der Maßnahmen für arbeitslose Jugendliche (in Essen) versucht und
4. abschließend durch die Skizzierung von zwei unterschiedlichen Projekttypen mögliche Handlungsperspektiven vorstellen.

ENTWICKLUNG DES ARBEITSPLATZANGEBOTES IN ESSEN

1. These: Eine Ausweitung des Arbeitsplatzangebotes in Essen ist in den nächsten Jahren weder aufgrund der konjunkturellen Entwicklung (Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Schaffung neuer Arbeitsplätze) noch der ökonomischen Strukturveränderungen in der „altindustriellen Region“ Ruhrgebiet (weiterer Rückgang der Kohle- und Stahlproduktion, anstehende Rationalisierungsschübe in verschiedenen Branchen, keine/kaum Neuansiedlung neuer Produktionssektoren) zu erwarten. Schon die Verhinderung weiteren Arbeitsplatzabbaus wäre an einschneidende Maßnahmen der Arbeitszeitverkürzung (vor allem der Wochenarbeitszeit) gebunden.

Die Gesamtzahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze sank in Essen von 1970 mit ca. 262.000 auf ca. 217.000 im Jahr 1983 (vgl. Anmerkung 1, Tabelle 1). Besonders vom Rückgang betroffen waren die Branchen: Energie und Bergbau, Verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe und Handel mit einem Gesamtrückgang von ca. 58.500 Arbeitsplätzen.

Demgegenüber standen (bezogen auf die Entwicklung im Bundesdurchschnitt allerdings unterdurchschnittliche) Zuwächse in den Branchen: Verkehr und Nachrichtenübermittlung, Kredit- und Versicherungswesen, Dienstleistungen und Organisationen ohne Erwerbscharakter mit einer Gesamtzunahme von ca. 20.000 Arbeitsplätzen. Die Entwicklung in den Jahren 1984 und 1985 (für die noch kein Zahlenmaterial vorliegt) hat – orientiert man sich an der Berichterstattung der lokalen Presse – zu weiteren Arbeitsplatzreduzierungen in Essen geführt (z.B. Stilllegungen Huta-Hegerfeld, Bau; Opti-Reißverschlüsse, Textil; Essener Eisenwerke, Metall u.a.).

Parallel zu dieser Entwicklung stieg die Zahl der beim Essener Arbeitsamt als arbeitslos gemeldeten Personen von 1970 mit ca. 1.000 über 1974 mit ca. 7.500, 1980 mit ca. 14.000 (5,9 %) und 1984 mit ca. 31.000 (13,7 %) auf über 33.000 im April 1985 (siehe Tabelle 1).

Dieser Trend wird sich in den nächsten Jahren noch fortsetzen,

- da ein konjunktureller Aufschwung, der zum Abbau der Arbeitslosigkeit beiträgt, nicht zu erwarten ist (mindestens 3,5 % Wirtschaftswachstum);
- da im Ruhrgebiet auf Grund anderer Standortpräferenzen (vor allem Frankfurt, Stuttgart, München) keine nennenswerte Neuansiedlung im Bereich der Produktion Neuer Technologien zu erwarten ist;
- da in den sogenannten traditionellen Sektoren: Bergbau (Schließung Zeche Zollverein), Verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe mit weiteren Stilllegungen bzw. Rationalisierungen zu rechnen ist;
- da im Angestelltenbereich (inclusive Handel) auf der Basis Neuer Informationstechnologien und Datenverarbeitungssysteme ein Rationalisierungsschub bevorsteht;
- da die Kommune kaum über freie Mittel verfügt, dieser Entwicklung entgegenzusteuern und auch von Landes- und/oder Bundesebene z.Zt. keine Beschäftigungsprogramme in größerem Umfang zu erwarten sind;
- da auch die demographische Entwicklung frühestens in der ersten Hälfte der 90er Jahre eine Entlastung des Arbeitsmarktes bringen wird (siehe Tabelle 2).

Dabei wird die Zahl der 20- bis 30jährigen Essener, also die Anzahl derjenigen, die am Anfang ihres Arbeitslebens stehen, bis 1988 noch steigen und erst in der zweiten Hälfte der 90er Jahre wieder auf das Niveau von 1980 absinken (siehe Tabelle 3). Lediglich die Zahl der 16- bis 20jährigen wird gegenüber dem Höchststand 1983 bis 1993 drastisch um ca. 1/3 fallen (siehe Tabelle 4). Dies kann ab Beginn der 90er Jahre zu einer Entspannung auf dem Ausbildungsmarkt führen.

Daß für das Ruhrgebiet und auch für Essen mit einem weiteren (und zwar deutlichen) Anstieg der Arbeitslosigkeit zu rechnen ist, belegt u.a. eine von der Stadt Essen bei der Krupp-Datenverarbeitung in Auftrag gegebene Untersuchung bezüglich der „absehbaren Auswirkungen der Neuen In-

formations- und Kommunikationstechnologien" (KLARTEXT, 5/85). Diese sagt für die Zeit bis 1991 den Abbau von ca. 22.000 Arbeitsplätzen (allein auf Grund der Einführung neuer Informations- und Kommunikationstechnologien) in den Branchen Verarbeitendes Gewerbe (ca. 14.500), Handel (ca. 5.200) sowie Banken und Versicherungen (ca. 2.400) voraus.

Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt die Stadt Dortmund in einem Bericht zu den „Entwicklungschancen örtlicher Beschäftigungsinitiativen in Zentren hoher Arbeitslosigkeit" (Juli 1985).

Für Dortmund erwarten die Verfasser des Berichtes einen Anstieg der Arbeitslosigkeit von derzeit (April 1985) 36.800 (= 17,3 %) auf 45.000 – 46.000 im Jahre 1990.

ANMERKUNGEN ZUR AUSBILDUNGSPLATZSITUATION IN ESSEN

2. These: Obwohl die Zahl der Ausbildungsplätze in den letzten Jahren enorm ausgeweitet worden ist, hat dies nicht gereicht, um alle an Ausbildung interessierten Jugendlichen zu „versorgen". Dennoch haben Handwerk, Industrie und Handel weit über Bedarf und in hohem Maße in Berufen ohne Zukunftschancen ausgebildet, so daß allein in den letzten 2 Jahren immer mehr Jugendliche nach der Ausbildung keinen Arbeitsplatz finden konnten. Eine angemessene Lösung der quantitativen und qualitativen Probleme des Ausbildungssektors ist – neben der Notwendigkeit der Arbeitszeitverkürzung – ohne die Durchsetzung einer Umlagefinanzierung und einer zukunfts- und auf „breite" Grundlagenqualifikation orientierte Neuordnung der Berufsfelder nicht denkbar.

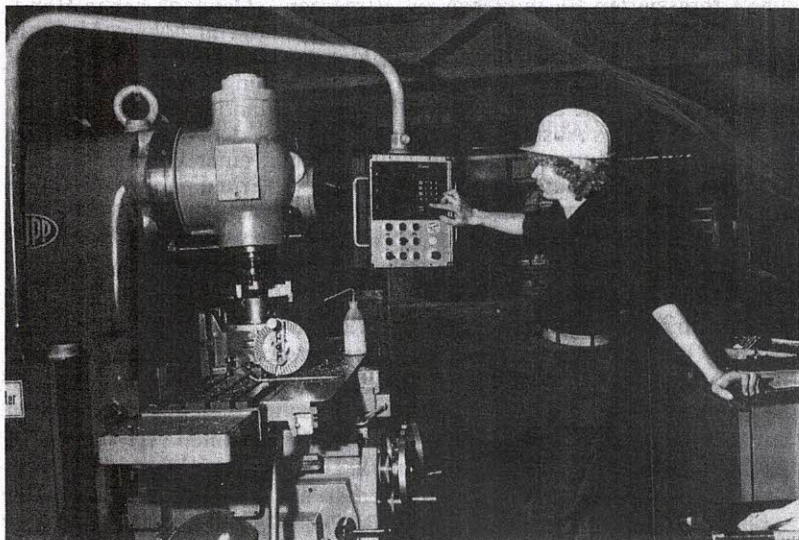
In den letzten Jahren entwickelte sich die Zahl der Ausbildungsplätze in Essen wie folgt: 1980: 6.498, 1981: 5.842, 1982: 6.497, 1983: 6.669, 1984: 6.962 (Landesregierung NRW, 1985).

Parallel hierzu wurden zusätzlich berufsvorbereitende Maßnahmen (innerhalb und außerhalb der Schule) und überbetriebliche Ausbildungsplätze eingerichtet. Diese Angebote wurden so ausgeweitet, daß in ihnen im Jahre 1984 ca. 3.500 junge Erwachsene unterkamen (vgl. These 3). Insgesamt muß zu dieser Entwicklung kritisch angemerkt werden:

- die Zahl der „unversorgten" Bewerber um einen Ausbildungsplatz blieb dennoch relativ hoch (1983: 3.874; 1984: 4.400; DGB Essen 1984, S. 6);
- ein großer Teil der neuen Ausbildungsplätze wurde in „Berufen ohne Zukunft" geschaffen. So gibt es in den letzten Jahren Zuwächse in den Berufen: Friseur/Friseuse, Bürogehilfe, Maler und Lackierer, Arzthelferin, Verkäuferin u.a. (ebda. und WAZ, 3.8. sowie 9.8.1985);

- gleichzeitig hat die Konzentration des öffentlichen Interesses auf die Ausbildungsplatzsituation von der stark zunehmenden „Berufsanfängerarbeitslosigkeit“ abgelenkt. In Essen werden 1985 nach Abschluß der Lehre 1.464 Ausgebildete arbeitslos. Dies sind mehr als 20 % eines Ausbildungsabschlußjahres (WAZ, 4.7.1985).

Insgesamt kann festgehalten werden: Das duale Ausbildungssystem ist nicht in der Lage, die quantitativen und qualitativen Probleme des Ausbildungsmarktes zu lösen. Der Gesetzgeber bzw. die Bundes- sowie die Landesregierungen haben bisher darauf verzichtet, die nach dem „Ausbildungsplatzförderungsgesetz“ mögliche „Umlagefinanzierung“ zur Lösung der Probleme des Ausbildungsmarktes einzusetzen. Diese falsche Rücksichtnahme auf die Interessen der Betriebe wird noch unverständlicher, wenn man z.B. bedenkt, daß allein in NRW ca. 60.000 Industrie- und Handwerksbetriebe keine Auszubildenden einstellen, obwohl sie die Voraussetzungen für die Durchführung von Berufsausbildung erfüllen (DGB-NW 1985, S. 5).





MASSNAHMEN FÜR ARBEITSLOSE JUGENDLICHE

3. These: Die Vielzahl der auferlegten Programme für arbeitslose Jugendliche setzen „unterhalb“ der in 1. und 2. formulierten notwendigen strukturellen Veränderungen an. Sie sind – aus dieser Perspektive betrachtet – die „pädagogische Verdrängung eines ökonomischen Problems“! Neben dieser globalen Kritik weisen die Programme selber eine Vielzahl von Mängeln auf. Unter dem Stichwort „Verbundsystem“ wird in einigen Städten versucht, diese zu korrigieren, um zumindest auf dieser Ebene der Problembewältigung zu tragfähigen Konzepten zu kommen.

Prognose

Berufsbildungsbilanz 1984 – für den Arbeitsamtbereich Essen

– Zahlen gerundet –

Wieviel Jugendliche müssen versorgt werden?

Absolventen aus allgemeinbildenden Schulen		9.200
– darunter Hochschulberechtigte	2.620	
Absolventen aus berufsbildenden Schulen		2.400
Absolventen aus Förderlehrgängen		450
Altnachfrager		2.500
Einpendler		400
		14.950

Wieviel Jugendliche werden versorgt?

Vollqualifizierte Ausbildung		7.750
– Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge im dualen System	6.700	
– Beamtenanwärter und Gesundheitsschüler im 1. Ausbildungsj.	1.050	
Teilqualifizierte Ausbildung		1.800
Berufsvorbereitung		1.000
Übergänge		2.800
		13.350

14.950
- 13.350

Unversorgte Jugendliche **1.600**

(DGB Essen 1984, S. 9)

Somit bleiben nach Abzug der Anzahl von Jugendlichen in vollqualifizierter Ausbildung und in Übergängen zur Schule/Hochschule 4.400 Jugendliche, die „unversorgt“ sind, d.h. keine qualifizierte Ausbildung durchlaufen. Was passiert mit ihnen oder besser: einem Teil von ihnen?

Nun, zuerst einmal werden sie stigmatisiert, denn irgendwie muß es doch an ihnen liegen, daß sie leer ausgegangen sind. So werden sie z.B. zu Benachteiligten, besonders Benachteiligten, schwer Vermittlungsfähigen oder Lernbehinderten abgestempelt. Man findet ganze Gruppen, die prädestiniert sind, sogenannte Benachteiligte zu sein: Jugendliche aus Sonderschulen oder ohne qualifizierten Hauptschulabschluß, Mädchen, junge Ausländer/innen. Und so gibt es im Land NRW gleich mehr als 50 verschiedene Förderungsprogramme der Bundesanstalt für Arbeit, des Bundes und des Landes, um über Berufsförderungslehrgänge, Starthilfe- und Mädchenprogramme, Förderung von Ausbildungsverbünden, die Förderung von Sonderausbildungsgruppen usw. die Jugendlichen „fit“ zu machen für einen immer unerreichbarer scheinenden Eintritt in das Berufsleben.

Der große Anteil der einjährigen Maßnahmen, die über die bereits erwähnten Förderprogramme finanziert werden, nennen sich z.B. „Arbeit und Lernen“, „Förderlehrgänge“, „Grundausbildungslehrgänge“, „Berufsförderungslehrgänge“ etc. Diese Maßnahmen werden kurzfristig vom Arbeitsamt eingerichtet, wenn im August/September abzusehen ist, welche bzw. wie viele Jugendliche „unversorgt“ bleiben. Keine dieser Maßnahmen führt zu einem qualifizierten Abschluß. Es gibt keine garantierten Anschlußmaßnahmen. Die Vergütung/Beihilfen reichen von DM 0,- bis zur tariflichen Entlohnung. Die Arbeitsbereiche, in denen sie durchgeführt werden, gehören zum größten Teil zu den klassischen Ausbildungsberufen mit geringen Weiterbeschäftigungsmöglichkeiten, z.B. Hauswirtschaftlerin, Schreiner, Verkäuferin usw. Die Träger dieser Maßnahmen finanzieren ihre Angestellten über die vom Arbeitsamt zur Verfügung gestellten Mittel.

Insgesamt kann man im Wesentlichen 3 verschiedene Maßnahmentypen unterscheiden:

- die schon erwähnten 1-jährigen berufsvorbereitenden und qualifizierenden Maßnahmen,
- über- bzw. außerbetriebliche Ausbildung,
- Beschäftigungsmaßnahmen (ABM und „Arbeit statt Sozialhilfe“).

Die ersten dieser Programme wurden Mitte der 70er Jahre eingerichtet. Seit dem Beginn der 80er Jahre sind sie ständig vermehrt und ausgeweitet worden. Zentrale Kritikpunkte an diesen Programmen lauten:

- die Unübersichtlichkeit und Uneinheitlichkeit der verschiedenen Maßnahmen aufgrund fehlender Abstimmung der verschiedenen Kostenträger und dem Fehlen einer inhaltlich ausgerichteten Gesamtkonzeption;
- die Schwerpunktsetzung auf schulverlängernde und berufsvorbereitende Maßnahmen, die in den meisten Fällen lediglich eine zeitliche Verschiebung der Probleme bedeutet („Warteschleifen“-effekt);
- darüberhinaus gibt es eine Vielzahl von Detailkritikpunkten wie z.B.: das Fehlen qualifizierender Abschlüsse bei 1-Jahresmaßnahmen, die

unterschiedliche Vergütung in den Maßnahmen: von 0,- DM bis Tariflohn, die Kurzfristigkeit bei der Einrichtung der Maßnahmen: Planung immer für 1 Jahr nach dem Stichtag 30. September usw.

Dies ist in Essen nicht anders. Aus der folgenden Übersicht (vgl. Schaubild: „Verbundsystem »Übergang Schule – Beruf«“) wird die „Schwerpunktsetzung“ im Bereich der berufsvorbereitenden Maßnahmen ersichtlich: von 3.533 Maßnahmeplätzen im Jahre 1984 waren 64 % im berufsvorbereitenden Bereich angesiedelt (17 % im Ausbildungs- und 19 % im Beschäftigungsbereich). Dies bedeutet für die überwiegende Zahl dieser jungen Erwachsenen, daß sie nach 1 Jahr wieder auf der Straße stehen werden (oder vielleicht die nächste berufsvorbereitende Maßnahme anschließen). Nur eine geringe Zahl wird auf dem 1. Arbeitsmarkt vermittelt werden oder kann eine außerbetriebliche Ausbildungsmaßnahme anschließen. Summa Summarum also ein mehr oder weniger großer „Parkplatz“ oder „Verschiebebahnhof“.

Nun haben sich in den letzten Jahren in verschiedenen Städten Ansätze zu „Verbundsystemen“ aus der Praxis der verschiedenen Träger heraus gebildet, um in den ganzen „Maßnahmenmarkt“ mehr Struktur und Absprachen hineinzubringen. Auch in Essen gibt es diese Bemühungen. Wir wollen im Folgenden das Konzept des „Verbundsystems“ erläutern und bewerten.

Maßnahmen in Essen (Stand 1984), Berechnung: Jugendberufshilfe e.V. Essen

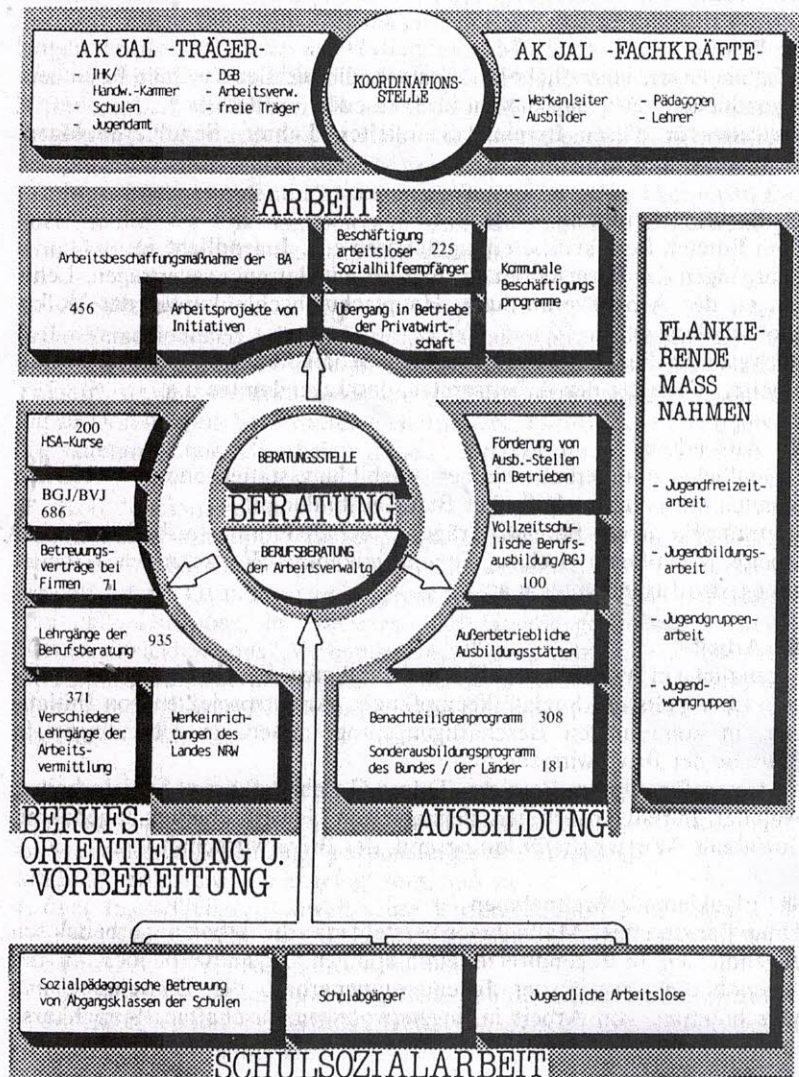
gesamt: 3.533 Plätze, davon	Berufsvorbereitung:	2.263 (64 %)
	Ausbildung:	589 (17 %)
	Arbeit:	681 (19 %)

aus: Positionspapier der Trägerkonferenz Rheinland, Köln 1985

Ziel eines funktionierenden Verbundsystems ist es, auf kommunaler Ebene alle Träger von Maßnahmen, sowie Vertreter von Institutionen, die mit Jugendlichen zu tun haben, die arbeitslos sind oder von Arbeitslosigkeit potentiell bedroht sind, an einen Tisch zu bekommen und für den gesamten Bereich zu verbindlichen Absprachen und gemeinsamen Planungen zu kommen.

Das Schaubild stellt die einzelnen „Bausteine“ des Verbundsystems (Beratung, Schule, Berufsvorbereitung, Ausbildung, Arbeit) sowie seine koordinativen Strukturen (Beratungsstelle, Koordinationsstelle, Arbeitskreise) dar.

VERBUNDSYSTEM »ÜBERGANG SCHULE-BERUF«



Maßnahmen in Essen (Stand 1984),
Berechnung: Jugendberufshilfe e.V. Essen

gesamt: 3533 Plätze, davon Berufsvorbereitung: 2263 (64%)

Ausbildung: 589 (17%) Arbeit: 681 (19%)

Nachfolgend einige Hinweise zu den Adressaten und „Vertretern“ der einzelnen „Bausteine“:

● Schule

Schulabgänger, jugendliche Arbeitslose, die die Berufsschule besuchen; Jugendliche in Abgangsklassen im BVJ oder im BGJ usw.

Vertreter für diesen Bereich: Schulleiter, Lehrer, Schulpsychologen, Schulsozialarbeiter

● Berufsvorbereitung

Zum Bereich Berufsvorbereitung gehören z.B. Jugendliche in:

Lehrgängen der Berufsberatung, Firmen mit Betreuungsverträgen, Lehrgängen der Arbeitsvermittlung, Hauptschulabschlußkursen der Volkshochschule usw.

Vertreter für diesen Bereich: Träger-Geschäftsführer, Ausbilder, Sozialarbeiter, Vertreter des Arbeitsamtes, des Jugendamtes u.a.

● Ausbildung

Jugendliche in außerbetrieblichen Ausbildungsstätten und gewerblichen Schulen mit vollzeitschulischer Berufsausbildung.

Vertreter für diesen Bereich: Träger-Geschäftsführer, Ausbilder, Sozialarbeiter, Schulleiter, Lehrer, Schulpsychologen, Vertreter des Arbeitsamtes, des Jugendamtes u.a.

● Arbeit

Jugendliche in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Beschäftigungsprogrammen für arbeitslose Sozialhilfeempfänger, Arbeitsprojekten von Initiativen, in kommunalen Beschäftigungsprogrammen, in Übergängen in Betriebe der Privatwirtschaft.

Vertreter für diesen Bereich: Träger-Geschäftsführer, Sozialarbeiter, Anleiter, Initiativenvertreter, Vertreter von Gewerkschaften, Jugendamt, Sozialamt, Wirtschaftsförderungsamt, der Privatwirtschaft u.a.

● Flankierende Maßnahmen *

Unter flankierenden Maßnahmen versteht man die Arbeit mit arbeitslosen Jugendlichen in Jugendfreizeiteinrichtungen, Jugendverbänden, in der Jugendbildungsarbeit, der Jugendgruppenarbeit, die Einrichtung und Durchführung von Arbeit in Jugendwohngemeinschaften, Sprachkurse usw.

Das Verbundsystem koordinieren folgende Institutionen/Arbeitskreise:

● Beratungsstellen

Eine zentrale Position nimmt die Beratung ein, d.h. die Beratungsstellen der Arbeitsämter und der freien Träger. Ergänzend zu der bekannten Ver-

teilungsfunktion der Arbeitsämter sind die Aufgaben der Beratungsstellen freier Träger die Beratung und Betreuung von arbeitslosen Jugendlichen. Die Beratung hat hier zum Ziel, die persönlichen und beruflichen Vorstellungen der Ratsuchenden mit vorhandenen Möglichkeiten und Maßnahmen in „Einklang“ zu bringen oder andere Perspektiven zu entwickeln. Betreuung heißt in diesem Zusammenhang die längerfristige Begleitung von Jugendlichen mit dem Ziel, sie persönlich und beruflich zu orientieren und entsprechende Handlungsschritte vorzunehmen.

Die Mitarbeiter der Beratungsstellen verfügen von daher über einen Einblick in die vor Ort angebotenen Maßnahmen und die notwendigen Kontakte zur Vermittlung von Jugendlichen.

● Arbeitskreise

In den verschiedenen Arbeitskreisen, je nachdem ob auf Träger- oder fachlicher Ebene, sollen die regelmäßige Abstimmung unter den einzelnen Trägern sowie gemeinsame Planung über Erfahrungsaustausch und Diskussion inhaltlicher Probleme stattfinden. Angesprochen sind jeweils die hauptamtlichen Mitarbeiter dieser Einrichtungen .

● Koordinationsstelle

Das „sensible Mischpult“ dieser ganzen Konstruktion bildet die Koordinationsstelle. Hier laufen idealtypisch alle Informationen zusammen und werden auf der Grundlage weitergehender Daten, z.B. Arbeitsmarktanalyse und -Diagnose, in Planungs- und Handlungsvorschläge für die Weiterentwicklung des „Verbundsystems“ umgesetzt. Gleichzeitig steht die Koordinationsstelle – angesiedelt bei der Stadt – in Kontakt zur politischen Ebene (Rat und Parteien), zu den Kammern, dem Arbeitsamt und anderen Institutionen.

Bevor wir das Konzept „Verbundsystem“ bewerten, wollen wir aus der Perspektive der betroffenen jungen Erwachsenen zentrale Anforderungen an Maßnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit formulieren:

Maßnahmen müssen so angelegt sein, daß sie

1. dem Jugendlichen – soweit seine Vermittlung auf dem „normalen“ Arbeitsmarkt nicht zwischenzeitlich gelingt – eine MEHRJÄHRIGE PERSPEKTIVE (ca. 5 Jahre) bieten;
2. aufeinander aufbauen und ausgehend von der Situation des einzelnen Jugendlichen auf VERMITTLUNG von BERUFLICHER QUALIFIKATION orientieren;
3. nach Berufsvorbereitung und/oder Ausbildung zumindest eine 2-JÄHRIGE BERUFLICHE PRAXIS ermöglichen (dies ist z. Zt. auf der Basis von ABM und „Arbeit statt Sozialhilfe“ in zusätzlichen und gemeinnützigen Arbeitsfeldern bedingt realisierbar);
4. die GESAMTE LEBENSSITUATION von Jugendlichen berücksichtigen, um ihnen die notwendigen Hilfen bei der Ablösung vom

Elternhaus und den Einstieg in die Erwachsenenrolle zu ermöglichen (Stichwort: z.B. „Betreutes Jugendwohnen“);

5. die MATERIELLE ABSICHERUNG von Jugendlichen gewährleisten, um überhaupt erst die Voraussetzungen für Ablösung und selbstständige Lebensplanungen zu schaffen. Hierbei dürfen tarifliche Standards nicht unterschritten werden.

Sollen „Verbundsysteme“ mehr als die „koordinierte Verwaltung des Mangels“ sein, müssen sie ihre Praxis an diesem Anspruchsprofil messen lassen. Wir halten allerdings die Umstrukturierung und Weiterentwicklung von „Verbundsystemen“ in diesem Sinne für unwahrscheinlich, weil

- die verschiedenen Kosten- und Maßnahmenträger sich kaum auf gemeinsame und verbindliche Planungen einlassen werden;
- ein drastischer Abbau berufsvorbereitender Maßnahmen zugunsten zusätzlicher Ausbildungs- und Arbeitsplätze nicht zuletzt aus finanziellen Erwägungen wohl kaum realisiert werden wird;
- keine „politische Kraft“ da ist, die dieses durchsetzen könnte.

ALTERNATIVE PROJEKTANSÄTZE IM BEREICH DER JUGENDARBEITSLOSIGKEIT

4. These: Auch wenn wir die Gesamtentwicklung der Maßnahmen skeptisch beurteilen und ihnen insgesamt eine abgestufte und differenzierte Form der Ausgrenzung bestimmter Zielgruppen aus dem 1. Arbeitsmarkt sich entwickeln sehen, halten wir es für notwendig, auf Projektansätze zu verweisen, die unserer Meinung nach sinnvolle konzeptionelle Ansätze verfolgen und zu realisieren versuchen.

In Anlehnung an das oben formulierte Anforderungsprofil haben sich auf der Veranstaltung „Jugend im Revier“ 2 Projekte vorgestellt, die verschiedene, aber sinnvolle Projektansätze verfolgen.

Sozialpädagogische Projekte im Übergang von Schule und Beruf: Das innere Verbundsystem

Beispiel 1: Die RUHRWERKSTATT Oberhausen; vgl. z.B. die Selbstdarstellung in dem Handbuch „Alternative Ausbildungs- und Arbeitsprojekte für junge Arbeitslose“ DPWV Bundesverband, Frankfurt a.M. 1985

Diese Projekte mit der Zielgruppe „Benachteiligte Jugendliche“ finanzieren sich fast vollständig aus öffentlichen Mitteln. Dabei werden die von den verschiedenen Kostenträgern (Arbeitsverwaltung, Bund, Land, EG, Kommune u.a.) bereitgestellten Maßnahmen und Zuschüsse so aufeinander

der bezogen, daß die Jugendlichen über die Beratung, die Berufsvorbereitung, die Ausbildung bis hin zur Beschäftigung einen aufeinander aufbauenden und auf ihre individuelle Situation abgestimmten Qualifikationsprozess durchlaufen können. Neben der beruflichen Qualifikation wird durch schulische und sozialpädagogische Angebote versucht, „Lernschwächen“ aufzuarbeiten und die Jugendlichen bei der Bewältigung ihrer gesamten Lebenssituation zu unterstützen. Das zentrale Problem in diesen Einrichtungen liegt z. Zt. in der Erschließung langfristiger Arbeitsfelder für diese Zielgruppen. Bisher ist dies in NW nur im Rahmen von ABM und des Programms „Arbeit statt Sozialhilfe“ mit jeweils befristeter Dauer (1 oder 2 Jahre) möglich gewesen. Da diese Träger nicht ohne „Lohnkostensubventionierung“ arbeiten können, sind hier differenzierte Formen staatlicher Beschäftigungsprogramme gefordert. Insgesamt haben sich in diesem Sektor sehr unterschiedliche Projekttypen und Kombinationsformen herausgebildet, die wir hier nicht im Einzelnen aufzählen können.

Lernwerkstatt und alternativökonomischer Betrieb

Beispiel 2: WERKSCHULE KONSUM e.V. Duisburg; vgl. z.B. die Selbstdarstellung in der Broschüre „Produktionsschule“, Duisburg 1984

Projekte dieser Art versuchen eine Mischfinanzierung aus öffentlichen und selbsterwirtschafteten Mitteln zu erreichen. Zielgruppe sind dabei neben „Benachteiligten Jugendlichen“ auch sogenannte „Normale“. In der Regel wird in einem gemeinnützigen e.V. eine Ausbildungswerkstatt mit öffentlichen Mitteln eingerichtet. Diese arbeitet zusammen mit einem am Markt orientierten Betrieb. Ziel ist, die Jugendlichen nach der Ausbildung in diesen Betrieb zu übernehmen und ihnen so eine längerfristige berufliche Perspektive zu sichern. Diese Betriebe arbeiten in Selbstverwaltung und verfolgen in den meisten Fällen einen „ganzheitlichen Ansatz“ in der Form, daß sie nicht nur zusammen arbeiten, sondern auch zusammen leben. Schwierig gestaltet sich oft der Einstieg in den marktwirtschaftlichen Bereich auf Grund fehlender oder unzureichender Investitionsmittel. Auch überfordert das Prinzip der Selbstverwaltung in vielen Fällen junge Erwachsene.

Darüberhinaus scheint uns die Beachtung folgender Aspekte beim Aufbau solcher Projekte von Bedeutung zu sein:

- Besonders geeignet für die Ansiedlung solcher Projekte sind Industriebrachen oder andere größere freistehende Gebäudekomplexe (am besten mit Freiflächen), da hierbei die Möglichkeit besteht, Ausbildungs- und Arbeitserfahrungen bei der Gestaltung und dem Umbau des eigenen Projektes zu sammeln.
- Für besonders wichtig halten wir die Entwicklung einer transparenten und klaren Binnenstruktur, die für den einzelnen leicht durchschaubar

- ist und klare organisatorische und inhaltliche Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten schafft.
- Sinnvoll erscheint uns die ausgeprägte Stadtteilorientierung von Projekten. Sei es durch das gezielte Anbieten von entsprechenden Dienstleistungen der Werkstätten oder durch die Kombination mit Kultur-, Freizeit- und anderen Angeboten.

Anmerkungen

- (1) Die Gesamtzahl der sozialversicherungspflichtigen Plätze sank in Essen von 1970 mit 262.000 auf 217.000 in 1983 um 45.000 (17,2 %). Besonders betroffen waren der Bergbau mit dem Verlust von 8.000 (32 %) Arbeitsplätzen, das verarbeitende Gewerbe mit minus 29.000 (34 %), das Baugewerbe mit minus 12.000 (37,5 %) und der Handel mit minus 9.500 (19,2 %). Demgegenüber standen im Vergleich zum Bund nur unterdurchschnittliche Zuwächse in den Branchenbereichen Kredit und Versicherungen mit plus 500 (6,5 %) und Dienstleistungen mit plus 14.000 (35 %). Der öffentliche Sektor blieb konstant bei 8.500 Arbeitsplätzen. Die Zahlen im Einzelnen sind nachzulesen in:

- 1.) Stadt Essen / Amt für Wahlen und Statistik: Handbuch der Essener Statistik 1975 - 1979, S. 237
- 2.) Industrie- und Handelskammer für Essen, Mülheim a.d. Ruhr, Oberhausen: Statistisches Jahrbuch 1985 / 7. Jahrgang S. 37

Die hier zusammengetragenen Zahlen zu den sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen in Essen

- berücksichtigen nicht die Quoten der Ein- und Auspendler,
- differenzieren nicht nach Teilzeitarbeitsplätzen,
- erfassen keine Beamten und die selbständig oder abhängig Beschäftigten, die sich auf Grund der Versicherungsfreigrenze anderweitig versichert haben.

Tabellen

Tabelle 1: Entwicklung der Arbeitslosenquote in Essen
(Ohne Dunkelziffer)

1970:	ca.	1.000	
1974:	ca.	7.500	
1980:	ca.	14.000	(5,9 %)
1981:	ca.	16.000	(6,8 %)
1982:	ca.	21.000	(9,4 %)
1983:	ca.	29.000	(12,7 %)
1984:	ca.	31.000	(13,7 %)
April 1985:	über	33.000	

- Quellen: 1.) Stadt Essen / Amt für Statistik und Wahlen / Handbuch der Essener Statistik 1970 bis 1974 / S. 234
- 2.) Industrie- und Handelskammer für Essen, Mülheim a.d. Ruhr, Oberhausen zu Essen / Jahresbericht '84, / S. 20
- 3.) Arbeitsamt Essen / Der Arbeitsmarkt in Essen / Jahresbericht 1984 / Heft Nr. 1/85
- 4.) Arbeitsamt Essen / Arbeitsmarktbericht April 1985 / Presseinformation Nr. 19/85

Tabelle 2: Essener Bürger im erwerbsfähigen Alter (16 bis 65 Jahre)

1978:	ca. 430 tsd.
1981:	ca. 428 tsd.
1983:	ca. 433 tsd.
1986:	ca. 433 tsd.
1988:	ca. 429 tsd.
1991:	ca. 418 tsd.
1993:	ca. 410 tsd.

Tabelle 3: Essener im Alter von 20 bis 30 Jahren

1978:	ca. 86 tsd.
1981:	ca. 89 tsd.
1983:	ca. 92 tsd.
1986:	ca. 97 tsd.
1988:	ca. 99 tsd.
1991:	ca. 96 tsd.
1993:	ca. 92 tsd.

Tabelle 4: Essener im Alter von 16 bis 20 Jahren

1978:	ca. 38 tds.
1981:	ca. 39 tsd.
1983:	ca. 39 tsd.
1986:	ca. 37 tsd.
1988:	ca. 33 tsd.
1991:	ca. 27 tsd.
1993:	ca. 25 tsd.

- Quellen: 1.) Stadt Essen / Amt für Statistik und Wahlen / Statistisches Sonderheft 2/79: Voraus-
schätzung der Essener Einwohnerzahl 1978 – 1993
2.) Stadt Essen / Amt für Statistik, Stadtforschung und Wahlen: Statistische Viertel-
jahresberichte 1/84

Literaturverzeichnis

LANDESREGIERUNG NRW: Berufsbildungsberichte NRW. Düsseldorf 1983, 1984, 1985.

BEYWL, W.: Berufsanfängerarbeitslosigkeit. In: Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament. Bonn, Sept. 1985.

BUNDESINSTITUT für BERUFSBILDUNG (bibb.): Berufsbildung in der Bundesrepublik. Berlin 1984.

DAMM u.a.: Berufsausbildung selber gemacht, Handbuch für Ausbildungsinitiativen. Frankfurt a.M. 1984.

DGB - ESSEN: Berufsbildungsbilanz. Essen 1984.

DGB - NRW: Qualifizierte Ausbildung für alle! Düsseldorf 1985.

DPWV BUNDESVERBAND: Alternative Ausbildungs- und Arbeitsprojekte für jugendliche Arbeitslose. Frankfurt a.M. 1984.

DPWV LV NRW e.V.: Verbinden mit System: DPWV und Verbundsysteme gegen Jugendarbeitslosigkeit. Wuppertal 1985.

MATZDORF: Qualitative Verbundsysteme. In: Jugend/Beruf/Gesellschaft, Heft 3/1984.

KLARTEXT: Krupp-Studie. Essen 5/85.

KRUMMACHER u.a.: Regionalentwicklung zwischen Resteverwertung und Technologieboom. Bochum 1985.

„links“ Nr. 172: Schwerpunktthema, Niedergang des Ruhrgebiets. Offenbach, 7/8 1984.

PETZOLD/SCHLEGEL: Qual ohne Wahl, Jugend zwischen Schule und Beruf. Frankfurt a.M. 1983.

SCHÖBER: Jugend im Wartestand: Zur aktuellen Situation der Jugendlichen auf dem Arbeits- und Ausbildungsstellenmarkt. Sonderdruck des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Stuttgart 1985.

STADT DORTMUND: Entwicklungschancen örtlicher Beschäftigungsinitiativen in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit. Dortmund 1985.

TRÄGERKONFERENZ des LANDSCHAFTSVERBANDES RHEINLAND: Positionspapier zum Verbundsystem „Übergang Schule – Beruf“. Köln 1985.

WERKSCHULE KONSUM e.V.: Produktionsschule. Duisburg 1984.

WESTDEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG: Ortsteil Essen vom 03.08.1985. Essen.